

Deutsche, Ungarn und Slowaken in der Tschechoslowakei zwischen den Weltkriegen

Ein Beitrag zur Geschichte der ersten Tschechoslowakischen Republik¹

ANDREJ TÓTH, LUKÁŠ NOVOTNÝ, MICHAL STEHLÍK

Der Erste Weltkrieg führte zum Zerfall von Österreich-Ungarn und in der Folge zu einer radikalen Änderung der politischen Karte Mitteleuropas. Auf den Trümmern der Habsburgermonarchie sind sog. Nachfolgestaaten entstanden, zu denen außer Österreich und Ungarn auch die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zählten. Der in der Region Mitteleuropa erzielte *Status quo* wurde in den zwischen der Entente, ihren Verbündeten und den Mittelmächten (Deutschland, Österreich sowie Ungarn) in den Jahren 1919 bis 1920 geschlossenen Friedensverträgen bestätigt. Der Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn wurde aber auf keinen Fall von Nationalstaaten abgelöst und die Destruktion der Habsburgermonarchie bedeutete *de facto* keine endgültige Ausräumung von Völker- bzw. Nationalitätenkonflikten im mitteleuropäischen Raum. Die Friedensverträge sind im Gegenteil auf ihre Weise gleichzeitig zum Keimträger eines weiteren ersten und tragischen Konflikts geworden, der später nicht nur die moderne Geschichte des europäischen Kontinents erschüttern sollte.

Ungeachtet der Deklaration eines einheitlichen politischen tschechoslowakischen Volks war die Tschechoslowakei der am stärksten ethnisch durchmischte Staat in Mitteleuropa. In der Gesamtzahl von über 13 Millionen Einwohnern der Tschechoslowakischen Republik machten die Minderheiten ein volles Drittel der Gesamtbevölkerung aus. Die Volkszählung von 1921 ergab, dass in der Tschechoslowakei fast viereinhalb Millionen Angehörige von

1) Diese Studie ist ein Ergebnis von Forschungen im Rahmen des Forschungsprojekts Nr. RM04/01/10 „Die Politik der tschechoslowakischen Regierungen gegenüber den Nationalminderheiten 1918-1938“, den das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Tschechischen Republik unterstützte.

Minderheiten, also Deutsche, Ungarn, Ruthenen und Polen lebten.² Inhomogen war aber auch das deklarierte einheitliche politische tschechoslowakische Volk, das von den starken autonomistischen Tendenzen der Slowaken geschwächt wurde. Ein gewichtiger Faktor für die künftig immer zahlreicheren Verwerfungen in der innenpolitischen Szene der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei war die Nationalitätenfrage bzw. die Entwicklung im gegenseitigen Verhältnis der Mehrheitsbevölkerung zu den Minderheiten und umgekehrt. Die Frage der nationalen Minderheiten, ihr Verhältnis zur Tschechoslowakei und den tschechoslowakischen Regierungen sowie die Politik dieser Regierungen gegenüber den Minderheiten stellt eins der ausschlaggebenden Kapitel in der Geschichte der Tschechoslowakei zwischen den beiden Weltkriegen dar. Das Ziel des Beitrags besteht hauptsächlich darin, die Haltungen der beiden größten nationalen Minderheiten, der Deutschen und Ungarn zur Entstehung der Tschechoslowakei und einen kurzen Abriss der Geschichte der deutschen und ungarischen politischen Minderheitenszene in der Tschechoslowakei zwischen den Kriegen zu liefern. Diese beiden Blickpunkte wären aber aus dem Zusammenhang gerissen, wenn nicht wenigstens teilweise auch die Haltung der slowakischen Politik gegenüber der Regierungspolitik betrachtet würde.

Nationale Minderheiten in der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei

Die zahlenmäßig stärkste nationale Minderheit in der Tschechoslowakischen Republik stellten sie Deutschen. Laut der Volkszählung von 1921 lebten in der Tschechoslowakei 3 123 568 Einwohner deutscher Nationalität.³ Damit machten die Deutschen von der 13 374 364 Einwohner⁴ zählenden Gesamtbevölkerung 1921 knapp 25 % aus.⁵ Die überwältigende Mehrzahl der Bewohner deutscher Nationalität lebte in den historischen Ländern, d.h. in Böhmen, Mähren und Schlesien. Das waren die sog. Sudetendeutschen. Zur deutschen Nationalität bekannten sich außerdem auch Einwohner der Slowakei, hier lebten die sog. Karpatendeutschen. Diese bildeten vornehmlich in Bratislava, in der Mittelslowakei

und in der Zips (Spiš) größere Kommunitäten. Im Jahr 1921 machte deren Anzahl 139 900 Einwohner aus.⁶ Das bedeutete knapp 5 %⁷ der 2 958 557 Gesamteinwohnerzahl der Slowakei.⁸ In Karpatenrussland lebte nur ein unerheblicher Anteil Deutscher, ihre Anzahl betrug 1921 laut Volkszählung 10 460 Personen.⁹

Die zweitstärkste nationale Minderheit in der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei stellten die Ungarn. Im Jahr 1921 bekannten sich 745 431 Personen,¹⁰ d.h. 5,5 % der ČSR-Gesamtbevölkerung zur ungarischen Nationalität. So ähnlich wie die deutsche Minderheit in den historischen Ländern des tschechoslowakischen Staates machten diese Ungarn die bedeutendste ethnische Minderheit in der Slowakei aus, d.h. 5,5 % der Gesamtbevölkerung. Laut der Volkszählung von 1921 stellten sie fast ein Viertel der Bevölkerung.¹¹ In großer Zahl waren Ungarn auch in Karpatenrussland vertreten; hier lebten im Jahr 1921 102 144 Personen.¹² An der Gesamtbevölkerung dieses östlichsten Zipfels der Republik, die 1921 599 808 Personen betrug,¹³ war die ungarische Minderheit mit genau 17 % beteiligt.¹⁴

6) Ebenda.

7) 4,7 %, Československá statistika – Svazek 9. Řada 6 (Sčítání lidu, Sešit 1.), Sčítání lidu v Republice Československé ze dne 15. února 1921, I. díl, Praha 1924, Tab. Nr. 50, S. 60.

8) Ebenda.

9) Ebenda.

10) Ebenda.

11) 21,2%. Im Jahr 1921 lebten in der Slowakei insgesamt 637 183 Ungarn. Vgl. Československá statistika – Svazek 9. Řada 6 (Sčítání lidu, Sešit 1.), Sčítání lidu v Republice Československé ze dne 15. února 1921, I. díl, Praha 1924, Tab. Nr. 50, S. 60.

12) Ebenda.

13) Ebenda.

14) Die dritte erhebliche Minderheit in der Ersten Republik bildeten die Ruthenen. Zur ruthenischen Nationalität bekannten sich 1921 insgesamt 461 849 Bewohner der Tschechoslowakei (vgl. ebenda). Die Ruthenen bildeten die Mehrheitsbevölkerung Karpatenrusslands, wo insgesamt 372 884 (vgl. ebenda) von der im Text angeführten Gesamtzahl der hiesigen 599 808 Bewohner lebten. Eine nennenswerte Ruthenen-Kommunität lebte zudem in der Slowakei, hauptsächlich im Nordosten. Die Nationalitätenkarte der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei wird auch noch von den Polen abgerundet. Diese stellten die vierstärkste Minderheit im Land. Im Jahr 1921 bekannten sich 75 873 Bewohner zur polnischen Nationalität (vgl. ebenda). Die Angehörigen der polnischen Minderheit lebten vorwiegend in den nordöstlichen Grenzgebieten Mährens bzw. im schlesischen Grenzland, außerdem in der slowakischen Region Orava.

2) Genau 4 406 701. Vgl. Československá statistika – Svazek 9. Řada 6 (Sčítání lidu, Sešit 1.), Sčítání lidu v Republice Československé ze dne 15. února 1921, I. díl, Praha 1924, Tab. Nr. 50, S. 60.

3) Ebenda.

4) Ebenda.

5) 23,4 %, Československá statistika – Svazek 9. Řada 6 (Sčítání lidu, Sešit 1.), Sčítání lidu v Republice Československé ze dne 15. února 1921, I. díl, Praha 1924, Tab. Nr. 50, S. 60.

Die deutsche Minderheit und die Entstehung der Tschechoslowakei

Nach Eintritt in die regulär gewählte Nationalversammlung, in die gesetzgebende Körperschaft der tschechoslowakischen Republik, fanden sich die deutschen bürgerlichen Parteien zum *Deutschen parlamentarischen Verband* zusammen,¹⁵ der sich eindeutig ablehnend zur Republik stellte. Dieser gab eine scharfe Erklärung heraus, der zufolge „*der tschechoslowakische Staat auf Kosten der historischen Wahrheit entstand und den Frieden immer bedrohen wird*“.¹⁶ In den frühen 20er Jahren des 20. Jahrhunderts erhielt diese Gruppierung allmählich ernste Risse.¹⁷

Auf der zweiten Versammlung des Abgeordnetenhauses am 1. Juni 1920 trug Rudolf Lodgman von Auen im Rahmen der Debatte zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Vlastimil Tusar für den Deutschen parlamentarischen Verband offiziell eine staatsrechtliche Erklärung zur sudetendeutschen Politik vor: „*Im Namen und im Auftrage des deutschen parlamentarischen Verbandes habe ich die Ehre, im Namen dieses Verbandes zu der Regierungserklärung und in Bezug auf das Verhältnis des deutschen Volkes zu diesem Staate Folgendes zu erklären: Als gewählte Vertreter des im tschechischen Staate unterdrückten deutschen Volkes (Zwischenruf Bravo!) erklären wir bei unserem Eintritte in das tschechoslowakische Parlament feierlich vor der Bevölkerung dieses Staates, vor ganz Europa und vor der gesamten gesitteten Welt: Durch den Friedensvertrag von St. Germain en Laye ist mitten in Europa ein Staat gestanden, welcher neben rund 6 Millionen Tschechen unter anderem auch fast 4 Millionen Deutsche umfasst (Abgeordneter*

15) Die deutsche Sozialdemokratie ist dem Verband nicht beigetreten.

16) E. BROKLOVÁ, *Československá demokracie. Politický systém ČSR 1918–1938*, Praha 1992, S. 97.

17) J. ŠEBEK, *Německý novoaktivismus. Československo 1918–1938. Osudy demokracie ve střední Evropě*, 2, J. VALENTA, E. VORÁČEK, J. HARNA, (Hrsg.), Praha 1999, S. 640. Zum Zerfall des Verbandes vgl. auch Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik, (weiter nur Deutsche Gesandtschaftsberichte), Teil II. Vom Kabinett Beneš bis zur ersten übernationalen Regierung unter Švehla 1921–1926, Berichte des Gesandten Dr. Walter Koch. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 49/II, München 2004. Die Kommunisten und ihre Organisation; die nationalen Sozialisten; die tschechischen Agrarier; zum Zerfall des Deutschen parlamentarischen Verbandes; tschechoslowakische Faschisten; Zerfall der Regierungskoalition?, Deutsche Gesandtschaft An das Auswärtige Amt, Prag, den 12. Dezember 1922, Nr. 43, S. 108.

Špatný: To bývalo, ale už není!) Vergebens waren unsere Vorstellungen, welche wir vor Beginn und während des Verlaufes der Friedensverhandlungen erhoben haben, vergebens war unser einmütiges Bestreben...“¹⁸ Der so entstandene Staat war nach seinem Dafürhalten Folge eines historischen Irrtums und Betrugs an den Großmächten. Lodgman erklärte, die Deutschen werden die Tschechen nie als Herren anerkennen und fuhr fort: „...*wir verkünden demnach feierlich, dass wir niemals aufhören werden, die Selbstbestimmung unseres Volkes zu fordern (Heil!), dass wir dies als den obersten Grundsatz aller unserer Maßnahmen und unseres Verhältnisses zu diesem Staate, den gegenwärtigen Zustand aber als unserer unwürdig und mit den Grundsätzen moderner Entwicklung unvereinbar betrachten.*“¹⁹

Tags darauf, am 2. Juni meldet sich der Führer der deutschen Sozialdemokratie Josef Seliger zu Wort. Auch er trug staatsrechtliche Vorbehalte seiner Partei vor: „*Als unter dem Drucke einer der größten Umwälzungen der Geschichte die österreichisch-ungarische Monarchie zerfiel, haben wir deutschen Sozialdemokraten die Befreiung der Nationen aus den Jahrhunderte alten Fesseln nationaler Unterdrückung freudig begrüßt. Wir anerkannten ohne Vorbehalt und ohne Einschränkung das Recht aller slawischen und romanischen Nationen, ihre eigenen nationalen Staaten zu gründen und nahmen dasselbe Recht in gleichem Maße für unser Volk in Anspruch, indem wir uns mit allen anderen Vertretern des deutschen Volkes in dem Allen und in dem Beschlusse einigten, die deutschen Siedlungsgebiete des alten Österreich zu einem deutsch-österreichischen Staat zusammenzufassen.*“²⁰ Seliger bekannte sich so ähnlich wie Lodgman am Vortag zum Selbstbestimmungsrecht und erklärte die Entschlossenheit der deutschen Sozialdemokraten, ihren historischen Kampf auch auf dem Boden „*dieses neuen Nationalitätenstaates*“ zu führen.²¹

Obwohl beide Proklamationen im Grunde übereinstimmten, bedeutete Seligers Satz über dem Kampf auf dem Boden dieses Staates, dass die

18) *Těsнопisecké zprávy o schůzích poslanecké sněmovny Národního shromáždění Republiky československé.* (weiter nur TZ PS RČS) IV. Wahlperiode. Sitzungen, Blätter 1–13 (vom 26. Mai 1920 bis 10. Juli 1920). Příloha k těsнопisecké zprávě o 2. schůzi poslanecké sněmovny Národního shromáždění republiky Československé v Praze v úterý dne 1. června 1920, S. 28.

19) Ebenda, S. 29

20) TZ PS RČS, ebenda. Příloha k těsнопisecké zprávě o 3. schůzi poslanecké sněmovny Národního shromáždění republiky Československé v Praze ve středu dne 2. června 1920, S. 61.

21) Ebenda.

Frage der Staatszugehörigkeit für die deutsche Sozialdemokratie abgeschlossen war. Andererseits hat Lodgman in seiner Rede die Vorschläge und Ziele der im Deutschen parlamentarischen Verband vertretenen Parteien so gut wie nicht erwähnt und diese damit gewissermaßen desavouiert.

Die Erklärungen der sudetendeutschen Politiker wurden auch während der folgenden Junitage fortgesetzt, in denen das Abgeordnetenhaus tagte. Am 8. Juni haben sich mit den Worten des Abgeordneten Robert Schälzky auch die deutschen Christlich-Sozialen hinter Lodgman gestellt.²²

Als beachtenswert muss die Rede des Abgeordneten Prof. Bruno Kafka aus der Deutschen Demokratischen Freiheitspartei gelten. Die Gruppe um ihn gehörte nämlich zu jenen Deutschen, die nach der Staatsgründung am ehesten zu einer Zusammenarbeit mit den offiziellen Stellen bereit waren, aber auch diese konnten die Konstituierungsweise der Tschechoslowakei nicht ohne Kritik hinnehmen. Kafkas Rede fasst ausgewogen die Beschwerden der deutschen Abgeordneten über das politische System des neuen Staats von seiner Entstehung an zusammen und hebt sich von Lodgmans überschwänglicher Deklaration sowie Seligers Klagen über aktuelle Versorgungsprobleme ab. Kafka erklärte im Namen aller Vertreter der deutschen Bevölkerung: „... trifft die Last der Verantwortung und der Vorwürfe die Organe dieses Staates, nämlich die früheren Regierungen und die frühere Nationalversammlung, für die gesamte innerstaatliche Entwicklung und Gestaltung der tschechoslowakischen Republik. Hier gibt es keine auch nur teilweise Abwälzung auf irgendwelche andere Schultern, auch nicht auf die der Entente. Denn wenn wir nicht an irgendwelche geheime Bindungen denken sollen, die das Licht der Öffentlichkeit scheuen und zu scheuen haben, sondern wenn wir uns nur verlassen sollen auf die offiziellen Dokumente, die uns vorliegen, dann ist uns ein Auftrag und eine Ermächtigung der Entente an die tschechoslowakische Republik nicht bekannt, den tschechoslowakischen Staat als einen Nationalstaat unter Missachtung des Rechtes der Nationalitäten zu errichten.“²³ So ähnlich wie die übrigen deutschen Abgeordneten lehnte Kafka die Weise an, wie die Tschechoslowakei entstanden war und zielte auch auf die Zusammensetzung der Regierung ab: „Es ist eigentlich überflüssig, meine Damen und Herren, die Frage aufzuwerfen, in welcher Weise sich die gegenwärtige Regierung zu dieser unserer ersten und wichtigsten programmatischen Forderung stellt. Denn

das gegenwärtige Kabinett stellt ja sowohl hinsichtlich der maßgebenden Persönlichkeiten, als auch vor allen Dingen hinsichtlich der Parteien, aus denen es zusammengestellt wurde, nichts anderes dar, als eine bloße Fortsetzung der früheren Regierung, eben jener Regierung, deren Unterschrift die Verfassungsgesetze tragen, deren völlige Beseitigung wir verlangen.“²⁴ Der Führer der Freiheitspartei bezeichnete die Regierung als eine nationale Koalition von Parteien, die nichts anderes als nationale Interessen verbanden.

Die ungarische Minderheit und die Entstehung der Tschechoslowakei

Auch die gewählten politischen Vertreter der ungarischen Minderheit in der Nationalversammlung, die in der gesetzgebenden Versammlung die Ungarn in den Farben zweier Minderheitsparteien repräsentierten, der Christlich-sozialistischen Landespartei (*Országos Keresztényszocialista Párt, OKSZP*) und der Ungarischen Landespartei der Kleinbauern und Landwirte (kurz Ungarischen Kleinbauerpartei, *Országos Magyar Kisgazda, Földműves és Kisiparos Párt, bzw. Magyar Kisgazda Párt, MKP*), traten bei erster Gelegenheit im Parlament mit einer ablehnenden Erklärung gegen die Tschechoslowakische Republik hervor bzw. gegen die Art und Weise ihrer Entstehung. Auf der dritten Sitzung des Abgeordnetenhauses am 2. Juni 1920 trug der OKSZP-Abgeordnete Lajos Körmenydy-Ékes eine gemeinsame Deklaration der Abgeordneten von OKSZP und MKP im Rahmen der weiteren Debatte zur Regierungserklärung von Premiers Tusar vor. Diese betonten darin, dass die Beteiligung von ungarischen und deutschen Wählern „der in den so genannten tschechoslowakischen Staat genötigten ungarischen Gebiete“ sowie die Anwesenheit politischer Vertreter der ungarischen Minderheit auf keinen Fall so gedeutet werden dürfe, dass die Ungarn damit die geschaffene Situation rechtlich anerkennen oder dass sie „die Behauptung des zwischen Bevollmächtigten der Entente-Staaten und tschechischen Politikern geschlossenen Vertrags, der tschechoslowakische Staat sei aus dem Willen der auf diesem Gebiet lebenden Völker geschaffen worden bestätigen“.²⁵ Die Abgeordneten der ungarischen Parteien protestierten mit den Worten ihres Kollegen Körmenydy-Ékes öffentlich dagegen, dass „die Bevölkerung der von Ungarn losgerissenen Gebiete unter standrechtlichem Druck von Seiten der Militärdiktatur zur

22) TZ PS RČS, ebenda. Příloha k těsnopisecké zprávě o 3. schůzi poslanecké sněmovny Národního shromáždění republiky Československé v Praze ve středu dne 2. června 1920, S. 61.

23) Ebenda, S. 128

24) Ebenda, S. 129.

25) TZ PS RČS, ebenda, Blätter 3, Band I, 3. Sitzung, 2. Juni 1920, *Řeč posl. dra Ékese Körmenydyho*, S. 33–34, bzw. S. 33.

Wahl gezwungen wurde²⁶ und dass die Behörden den freien politischen Wettbewerb politischer Parteien „auf Massenverhaftungen zu beschränken und so auf dem Weg der Einschüchterung Einfluss auf das Wahlergebnis zu nehmen suchten“.²⁷ Sie fanden sich auch nicht damit ab, dass „die tschechische Staatsgewalt die höchste Äußerung des politischen Lebens, die Wahlen in die Nationalversammlung, auf den von Ungarn abgetrennten Gebieten zu einem Zeitpunkt realisierte, als über deren Zugehörigkeit noch nicht rechtlich entschieden worden war“.²⁸ Die Abgeordneten aus OKSzP und MKP bezichtigten zudem die staatlichen Organe der zweckdienlichen Manipulation bei der Festlegung der Wahlreise in der Slowakei. Den ungarischen Abgeordneten zufolge wurden die Wahlkreise „vorsätzlich so abgesteckt, dass auf ungarischem und deutsch besiedeltem Gebiet zur Wahl eines einzigen Abgeordneten oder Senators doppelt so viele Stimmen wie in den übrigen Kreisen erforderlich waren“.²⁹

Das Zentralmotiv der gemeinsamen ablehnenden staatsrechtlichen Deklaration der ungarischen Gesetzgeber war selbstverständlich nicht nur der Protest gegen die Abtrennung der ungarischen Minderheit, sondern des oberungarischen Gebiets überhaupt vom ungarischen Staat, ohne die Meinung aller seiner Bewohner bezüglich der territorialen Zugehörigkeit nach dem Zerfall der Doppelmonarchie zu prüfen. Der Wortführer der ungarischen Abgeordneten konstatierte hierzu wörtlich: „In Sachen Gebietszugehörigkeit wurde weder das ungarische und deutsche, noch das slowakische Volk gefragt und so konnte es auch nicht seinen freien Willen kundtun. Die Wahrheit ist, dass das militärisch schutzlose Gebiet Oberungarn von tschechischen Streitkräften besetzt wurde und seine Bevölkerung als politischer Raub gewalttätig – so wie Figuren auf dem Schachbrett – in den Rahmen des neuen Staatsgebildes verschoben wurde.“³⁰

26) Das Standrecht wurde schon am 5. Juni 1919 infolge des militärischen Konflikts zwischen der Tschechoslowakei und der Ungarischen Räterepublik um die von Ungarn abgetrennten Gebiete über die Slowakei verhängt und seine Gültigkeit wurde nur schrittweise gelockert. In Karpatenrussland galt das dort im November 1919 verhängte Standrecht bis zum 28. Februar 1922. Vgl. G. POPÉLY, *Ellenszélben. A felvidéki magyar kisebbség első éve a Csehszlovák Köztársaságban (1918-1925)*. Bratislava 1995, S. 70.

27) TZ PS RČS, ebenda, Blätter 3, Band I, 3. Sitzung, 2. Juni 1920, *Řeč posl. dra Ěkese Körmen-dyho*, S. 34.

28) Ebenda.

29) Ebenda.

30) Ebenda, S. 33.

Für ihre erste Pflicht erachteten die Abgeordneten von OKSzP und MKP unter Bezugnahme auf das oben Deklarierte „das lebendige Gewissen der ganzen Welt anzurufen, dass wir gegen unseren Willen unter Gewalt aus dem ungarischen Organismus abgetrennt, vom idealsten tausendjährigen Ungarn losgerissen worden sind und dass unsere hiesige Anwesenheit bei Weitem keine rechtliche Anerkennung dieser Vergehen wider das Völkerrecht darstellt, sondern lediglich einen lebenden, unausgesetzten und feierlichen Protest gegen diese unmenschliche, ungerechte Entscheidung über uns – ohne uns“.³¹ Als ihre parlamentarische Pflicht bezeichneten sie den Schutz der „in einen fremden Rahmen gezwängten“ ungarischen und deutschen Bevölkerung.³² Zwar weigerten sich die Abgeordneten der OKSzP und MKP in ihrer Deklaration, sich mit der Entstehungsweise der Tschechoslowakei abzufinden, doch erklärten sie sich zu einer verantwortungsvollen Erfüllung ihrer Pflichten im Rahmen des neuen Staats bereit. Nichtsdestoweniger erklärten sie unmittelbar darauf: „Wir sind nicht gewillt, uns mit der gegen uns begangenen Ungerechtigkeit abzufinden – und sei es auch nur schweigend.“³³ Die deklarierte Haltung der Abgeordneten aus den ungarischen Parteien erfuhr ihre Bekräftigung durch die abschließende „klare und entschiedene Erklärung, dass wir uns niemals und auf keine Weise unseres Selbstbestimmungsrecht begeben, auf dem wir immer bestehen und das wir immer einfordern werden“.³⁴

Die slowakische autonomistische Politik und ihre Beziehung zur Tschechoslowakei

Die Vertretung der slowakischen Politik auf der Ebene der tschechoslowakischen Zentralorgane war in den Anfängen einerseits Angelegenheit ihrer Vertretung in der Revolutionären Nationalversammlung, andererseits eine Sache der Rechtsbefugnis von Dr. Vavro Šrobár, dem Minister mit Sondervollmachten für die Verwaltung der Slowakei. Von einer gewissen Ratlosigkeit gegenüber den slowakischen Zusammenhängen zeugt der Umstand, dass sich unter den ersten einundvierzig slowakischen Abgeordneten sechs Personen tschechischer Nationalität befanden. Angeblich handelte es sich dabei um Kenner

31) Ebenda, S. 34.

32) Ebenda.

33) Ebenda.

34) Ebenda.

der slowakischen Verhältnisse, wie z.B. die Slowakophilen Dr. Alois Kolísek und Ing. Josef Rotnágl.³⁵

Die selbständige slowakische Politik äußerte aber schon bald Unzufriedenheit über die zentralistischen Tendenzen der tschechoslowakischen Regierungen. Hier meldete sich zum einen der Einfluss der amerikanischen Slowaken, zum anderen die starke Strömung der slowakischen katholischen Politik unter der Führung des Priesters Andrej Hlinka. Die Slowakische Volkspartei (Slovenská ľudová strana) lebte im Dezember 1918 wieder auf und wurde schon binnen kurzem zur stärksten slowakischen politischen Partei. Ihre Politik grenzte sich gegen die tschechoslowakischen Regierungen ab, was sich einerseits durch stürmische Äußerungen in Presse, Parlament und konkrete Gesetzesvorlagen über Autonomie aus den Jahren 1922, 1930 und schließlich 1938 zeigte.³⁶ Neben der Slowakischen Volkspartei (ab 1925 Hlinkova Slovenska ľudová strana - HSLS) kamen auf slowakischem Gebiet nach und nach auch Zweigverbände der Agrarier- und Sozialdemokratischen Partei zum Zuge, die aber bei den Wahlen unverhältnismäßig schlechter abschnitten als die Hlinka-Partei.³⁷ Diese tauschte in den Jahren 1927-1929 ihre oppositionellen Proklamationen gegen Regierungsbeteiligung ein, die allerdings nach der Affäre ihres bedeutenden Politikers Vojtech Tuka endete, der in einem politischen Prozess zu fünfzehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde. Bis zum Zerfall der ČSR verfolgte die Partei dann nur noch einen scharfen Oppositionskurs.³⁸ Neben der Hlinkapartei verfocht auch die Slowakische Nationalpartei die „Rechte der Slo-

waken“, die Nachfolgerin der monolithischen nationalen Strömung vor 1914. Deren Autonomiebestrebungen endeten 1932 in der gemeinsamen Unterzeichnung der „Zvolener Deklaration“, bei der sie mit der HSLS einen gemeinsamen autonomistischen Block bildete.³⁹ Die politischen Deklarationen nahmen mit der Zeit einen sehr stürmischen öffentlichen Ausdruck an, etwa im Rahmen des „Pribina-Fests“ in Nitra, wo die Vertreter der Zentralregierung erbarmungslos ausgepiffen wurden.

Die 30er Jahre, insbesondere ihre zweite Hälfte, waren dann schon eine weit zugespitzte Zeit, in der die slowakische Autonomiepolitik nach einem neuen Gesicht suchte. Abgesehen von einigen zögerlichen Versuchen verhartete sie auf ihren antizentralistischen Positionen, was 1938 in der Ausnutzung der internationalen Schwächung der Tschechoslowakei gipfelte.⁴⁰ Die Hlinka-Partei ergriff die Gelegenheit und drückte nach dem Münchner Diktat im weitgehend handlungsunfähigen Parlament am 19. November 1938 ihre Autonomie durch.⁴¹ Zugleich hat sie sich nach Vojtech Tukas Rückkehr aus dem Gefängnis zum Zusammengehen mit der deutschen Politik herbeigelassen, was in der Konstellation von Hitlers Großmachtambitionen am 14. März 1939 in der Ausrufung der selbständigen Slowakei unter NS-Kuratel gipfelte.

Die politischen Parteien der deutschen Minderheit⁴²

Im Augenblick des Zusammenbruchs der Habsburgermonarchie im Herbst 1918 existierte wenigstens vorübergehend keine staatliche Autorität mehr. Während die tschechischen Parteien so die einzigen politischen Willensträger geworden waren und sich in beträchtlichem Umfang an der Entstehung der wichtigsten Institutionen des neuen Staates beteiligen konnten (z.B. Re-

35) Gleichzeitig wurden aber z.B. auch Edvard Beneš und Alice Masaryková Mitglieder dieser Faktion und nach der Kritik an der geringen Vertretung der Slowaken wurde diese am 11. März 1919 um 12 weitere Abgeordnete vergrößert. A. KLIMEK, *Velké dějiny země Koruny české, svazek XIII., 1918-1929*, Praha, Litomyšl 2000, S. 53.

36) Konkreter befasst sich insbesondere die Arbeit von J. Rychlík: *Češi a Slováci ve 20. století. Česko-slovenské vztahy 1914-1945*, díl 1., Praha 1997 mit den Einzelaspekten und Unterschieden dieser drei autonomistischen Gesetzesvorlagen.

37) Die Slowakei war natürlich nicht nur durch Autonomisten vertreten, sondern auch durch Politiker vom Typ Milan Hodža, der für die Agrarierpartei sogar 1935 Premierminister wurde und eine eher regionsorientierte als staatlich-autonomistische Linie vertrat.

38) Eine der wenigen Ausnahmen war die Unterstützung für Edvard Beneš bei der Präsidentschaftswahl 1935, von der sich die neue Generation der Volkspartei-Politiker Entgegenkommen für ihre autonomistischen Ziele versprach.

39) L. LIPTÁK (Hrsg.), *Politické strany na Slovensku 1860-1989*, Bratislava 1992, S. 116.

40) Ungeachtet des späteren Engagements von Msgr. Josef Tiso an der Spitze des Slowakischen Staats 1939-1945 muss erwähnt werden, dass er zu jenen Volkspartei-Politikern gehört hatte, die um eine gemeinsame Sprache mit der Prager Politik bemüht waren.

41) Digitales Repositorium des Abgeordnetenhauses des Parlaments der ČR, www.psp.cz, Legislaturperiode 1935-1938, Stenoprotokole 1938, 19. 11. 1938.

42) Es handelt sich ausschließlich um die deutschen politischen Parteien in den Böhmischen Ländern (Böhmen, Mähren und Schlesien).

volutionäre Nationalversammlung oder Regierung), fanden sich die deutschen Parteien in einer komplizierten Lage wieder.⁴³

Auch wenn sich ihre Grundstruktur nicht unmittelbar geändert hatte, mussten sie sich infolge der Entstehung des neuen Staats im veränderten äußeren Rahmen ihrer Existenz zurechtfinden. Unter diesen Bedingungen mussten *de facto* neue politische Parteien entstehen, die aber ihre gesinnungsmäßige Kontinuität mit der Vergangenheit bewahrten. Das Grundproblem für die Existenz dieser Parteien bestand im neuen Staat, der für ihre bisherige Stellung im politischen System eine totale Veränderung brachte. Die bislang privilegierten deutschen politischen Parteien fanden sich mit einem Schlag in der Position von Vertretern einer nationalen Minderheit wieder, die zudem in ihrer überwiegenden Mehrheit dem neuen Staatengebilde ablehnend gegenüberstand.⁴⁴

Während der ersten Hälfte des Jahres 1919 setzte bei den Vertretern der in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien zurückgebliebenen Parteien der Erkenntnisprozess ein, dass das entstandene Machtvakuum gefüllt werden musste. Vor diese Aufgabe sahen sich Politiker der zweiten Linie gestellt, d.h. vor allem die Landtagsabgeordneten, Kommu-

nalpolitiker und Parteisekretäre. Die neuen Subjekte entstanden also größtenteils mit neuen Leuten im neuen demokratischen Umfeld der Tschechoslowakischen Republik und unter neuen gesellschaftspolitischen Bedingungen.⁴⁵

Die neuen politischen Parteien konnten zwar theoretisch zwischen „*einer Anerkennungspolitik für die tschechoslowakischen Strukturen und einer grundsätzlichen Ablehnungspolitik gegenüber einer Republikzugehörigkeit*“ wählen, doch waren sie in Wirklichkeit gezwungen, sich mit der Tschechoslowakei als Realität abzufinden.⁴⁶

Die Prozess-Endphase bei der Formung deutscher politischer Parteien war Anfang 1920 abgeschlossen. Die entstandenen Parteien repräsentierten ein breites Meinungsspektrum,⁴⁷ was paradoxerweise kontraproduktiv wirken konnte. Die Deutschen waren nicht einig und die von ihnen formulierten Ziele widersprachen einander nicht selten.⁴⁸

Aus entwicklungsgeschichtlicher Sicht der ersten tschechoslowakischen Republik und Haltung der politischen Parteien der deutschen Minderheit zu ihr kann man mehrere Zeitabschnitte erkennen. Bis Mitte der 20er Jahre kam es zu keiner Zusammenarbeit auf Regierungsebene, die

43) J. HARNA, *Stranickopolitický systém v Československu v letech 1918-1938*. J. MALÍŘ, P. MAREK a kol., *Politické strany. Vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a Československu 1861-2004*. I. díl: Období 1861-1938, Brno 2005, S. 536.

44) Die böhmischen und mährischen Deutschen lehnten eine Eingliederung in die entstehende Tschechoslowakei ab und „nahmen an, sie könnten ein Bestandteil Österreichs bleiben, das sich an Deutschland angliedert“. R. PETRÁŠ, *Menšiny v meziválečném Československu. Právní postavení národnostních menšin v první Československé republice a jejich mezinárodněprávní ochrana*, Praha 2009, S. 167. Die Folge dieser Haltung war im Oktober 1918 die Schaffung der Gebilde Sudetenland (Zentrum Troppau), Deutschböhmen (Zentrum Reichenberg), Böhmerwaldgau (Zentrum Prachatiz) und Deutschsüdmähren (Zentrum Znaim). Dieser Desintegrationsversuch ist gescheitert. Auch danach hofften die Vertreter der deutschen Parteien, die Friedenskonferenz in Paris würde der deutschen Minderheit das Selbstbestimmungsrecht zuerkennen. Das ist nicht geschehen und zur endgültigen Eingliederung dieser Gebiete mit überwiegend deutscher Bevölkerung in die Tschechoslowakei erfolgte aufgrund des Friedensvertrags mit Österreich (September 1919). Vgl. N. LINZ, *Der Bund der Landwirte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Struktur und Politik einer deutschen Partei in der Aufbauphase*, München, Wien 1982, S. 115-119. Dieser Spaltversuch rief zudem das Misstrauen der offiziellen tschechoslowakischen Stellen gegenüber deutschen Autonomieforderungen wach.

45) N. LINZ, *Die Binnenstruktur der deutschen Parteien im ersten Jahrzehnt der ČSR*. K. BOSL, (Hrsg.), *Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik*, München, Wien 1975, S. 2. Im Juni 1919 fanden in der Tschechoslowakei Kommunalwahlen statt, an denen sich auch deutsche Parteien beteiligten, womit sie *de facto* auch den neuen Staat anerkannten.

46) L. J. BERAN, *Odepřená integrace. Systémová analýza sudetoněmecké politiky v Československé republice 1918-1938*, Praha 2009, S. 97

47) Je nach Haltung gegenüber dem neuen Staat kann man sie in zwei Gruppen einteilen - in eine aktivistische, zur Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Regierung geneigte und eine negativistische, die ihre gesamte Existenz über eine ablehnende Haltung gegenüber dem neuen Staat bewahrte.

48) Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil I. Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918-1921. Berichte des Generalkonsuls von Gebattel, des Konsuls König und des Gesandten Professor Saenger. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 49/I, München 2003. Der Wahlkampf der deutschböhmenischen Parteien, Der Geschäftsträger des Deutschen Reiches An das Auswärtige Amt, Prag, den 24. März 1920, Nr. 101, S. 264-265, (S. 264).

deutschen Parteien bemühten sich um Anerkennung ihrer Ansicht nach Mindestforderungen, die sie an den Staat stellten.⁴⁹

Nach den Parlamentwahlen von 1925 hatten sich die Machtverhältnisse auf der tschechoslowakischen politischen Szene gewandelt; im sudetendeutschen Spektrum waren der Bund der Landwirte (BdL) und die Deutsche christlichsoziale Volkspartei (DCV), deren Vertreter dann im Oktober 1926 in die erste national gemischte Regierung einrückten, zu den stärksten Subjekten mit einem aktivistischen Willen zur Zusammenarbeit geworden.⁵⁰

Die Weltwirtschaftskrise traf Europa um die Wende der 20er und 30er Jahre und hat natürlich auch nicht die Tschechoslowakei verschont. Im Sudetenland stiegen die Arbeitslosenzahlen in Schwindel erregende Höhen und die Haltung der hiesigen Bewohner radikalisierte sich zusehends.⁵¹ Im Zusammenhang mit der politischen Situation im benachbarten Deutschland ergab sich nun die Frage, welches Subjekt die Interessen und Ziele der Sudetendeutschen verfechten wird.

Die Vertreter der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) und Deutschen Nationalpartei (DNP) erblickten die einzige Lösung in der „*Schaffung einer einheitlichen nationalen Parteifront, die durch die Vereinigung von DNSAP und DNP mit den anderen deutschen Bürgerparteien entstehen sollte... Man musste nur einen politisch nicht sonderlich gewandten, jedoch hinlänglich einflussreichen Retter finden.*“⁵² Diese Person war schließlich

Konrad Henlein, der sich an die Spitze der im Oktober 1933 entstandenen neuen Bewegung – der Sudetendeutschen Heimatfront (SHF) stellte. Das neue Subjekt hatte kein festes politisches Programm, das einzige Ziel bestand darin, zum Sammelbecken aller Sudetendeutschen zu werden.⁵³

Die Entwicklungsendphase der deutschen Parteien in der Tschechoslowakei setzte 1935 mit der Formung der Sudetendeutschen Partei (SdP) ein, die sich bei den Wahlen auch auf den bis dato vorwiegend für Bürgerparteien stimmenden Mittelstand stützen konnte. In den Wahlen beherrschte die SdP klar das deutsche politische Spektrum, während die aktivistischen Parteien allmählich an Einfluss einbüßten, auch wenn sie versuchten, „*eine neue aktivistische Plattform zu formieren, den sog. Neoaktivismus*“.⁵⁴

Die politischen Parteien der deutschen Minderheit in der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei kann man je nach ihrer Haltung zum neuen Staat in zwei Gruppen einteilen. Die sog. aktivistischen Parteien – die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSDAP, mit den wichtigsten Vertretern Josef Seliger, Ludwig Czech und Wenzel Jaksch), der Bund der Landwirte (mit den Spitzenleuten Franz Křepek, Franz Spina oder Wolfgang Zierhut) und die Deutsche christlichsoziale Volkspartei (deren wichtigste Persönlichkeiten die beiden Hochschulprofessoren Karl Hilgenreiner und Robert Mayr-Harting waren) – haben sich relativ bald mit der Existenz des neuen Staates abgefunden. Ihre Hauptforderung bestand in der Durchsetzung einer völligen politischen Gleichberechtigung und Autonomie für Deutsche, jedoch ausschließlich auf parlamentarischem Weg. Bereits 1923 hatte sich beispielsweise Franz Křepek mit Professor Bruno Kafka und Ludwig Spiegel (beide aus der Deutschen Demo-

49) Vgl. ebenda. Die Deutschen machten eine Beteiligung an der Regierung von der Erfüllung eines Minimalprogramms abhängig, Deutsche Gesandtschaft An das Auswärtige Amt, Prag, den 19. April 1921, Nr. 182, S. 424.

50) Man muss sich klarmachen, dass die deutschen Parteien ihren Regierungseintritt jetzt nicht mehr mit nationalen Konzessionen bedingten, sondern zu diesem Zeitpunkt „*die Teilhabe an der Regierungsgewalt und die dadurch erhoffte Sicherung bestimmter sozialer Interessen...*“ entscheidend waren. P. BURIAN, *Chancen und Grenzen des Sudetendeutschen Aktivismus*. K. BOSL (Hrsg.), Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik, München, Wien 1969, S. 142. Ein wichtiger Aspekt für die Zusammenarbeit der neuen Regierungskoalition waren auch Getreidezölle und Geistlichenbesoldung. Aus diesem Grund handelte es sich nicht um einen tschechisch-deutschen Ausgleichversuch, sondern nur um Zweckverhalten.

51) J. HAAG, *Knights of the Spirit: The Kameradschaftsbund*. The Journal of Contemporary History, Vol. 8, 1973, No. 3, S. 140.

52) M. VYMAZALOVÁ, *Sudetendeutsche strana 1935-1936* (nicht publizierte Diplomarbeit), Praha 1999, S. 19.

53) Die SHF war gewillt, einen anderen Weg als der Nationalsozialismus einzuschlagen. Sie war bereit, die Tschechoslowakische Republik anzuerkennen und formulierte klare Ziele – die geistige Entwicklung der Sudetendeutschen mit Nachdruck auf ständisches Gedankengut usw. Zu den Verhandlungen über die Entstehung der SHF vgl. M. BURIAN, *Deutscher Turnverband a československý stát v letech 1918-1933*. M. WAIC (Hrsg.), *Češi a Němci ve světě tělovýchovy a sportu*, Praha 2004, S. 65-66; J. CESAR, B. ČERNÝ, *Politika německých buržoazních stran v Československu v letech 1918-1938*. Díl II. (1930-1938), Praha 1962, S. 196-202.

54) J. ŠEBEK, *Politické strany německé menšiny*. J. MALÍŘ, P. MAREK a kol., *Politické strany. Vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a Československu 1861-2004*. I. díl: *Období 1861-1938*, Brno 2005, S. 863.

kratischen Freiheitspartei) über eine Politik der Zusammenarbeit mit der tschechoslowakischen Regierung geeinigt.⁵⁵

Die Situation nach den Wahlen von 1925 mündete in die Regierungsbildung der sog. „Herrenkoalition“ ein, deren Mitglieder auch BdL und DCV wurden. Die deutschen Vertreter sollten ursprünglich die Ministerposten für Schulwesen und Volksbildung sowie Post und Fernmeldewesen erhalten, doch stieß dieser Gedanke bei den Tschechen auf Widerstand. Wichtig ist, dass die Deutschen 1926 auch weniger bedeutsame Posten akzeptierten (Spina wurde Minister für öffentliche Arbeiten und Mayr-Harting Justizminister), obgleich sie angesichts ihres wirtschaftlichen Gewicht gewiss Anspruch auf Posten gehabt hätten, „*von denen aus mehr und nachhaltiger Aufbau und Ausbau des Staates hätten beeinflusst werden können*“.⁵⁶ Während der BdL bis zu seiner Fusion mit der Sudetendeutschen Partei im Frühjahr 1938 Bestandteil verschiedener Regierungskoalitionen blieb, haben die Christlich Sozialen nur bis 1929 in der Regierung ausgehalten,⁵⁷ als sie vom Vertreter der DSDAP (Ludwig Czech) abgelöst wurden. Die tschechischen Sozialdemokraten hatten nämlich auf Regierungsbeteiligung der deutschen Sozialdemokraten bestanden. Dabei ging es nicht um internationale Solidarität, sondern um politisches Kalkül. Ihnen war daran gelegen, den nichtsozialistischen Parteienblock in der Regierung nicht stärker als den sozialistischen werden

zu lassen.⁵⁸ Der Vertreter der Christlich Sozialen Erwin Zajicek ist erst wieder 1936 der Regierung beigetreten. Der Umstand, dass er sowie Franz Spina nur Minister ohne Portefeuille blieben, zeigt klar, „*wie uninteressant die deutschen Aktivisten im Grunde für die Staatsleitung jetzt geworden waren*“.⁵⁹

Die zweite Gruppe bestand aus den sog. negativistischen Parteien – der Deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei (die führenden Köpfe waren Hans Knirsch, Rudolf Jung oder Hans Krebs) und der Deutschen Nationalpartei (deren überragende Persönlichkeit war Rudolf Lodgman von Auen, weitere Ernst Schollich oder Othmar Kallina) – deren politische Programme von einer ablehnenden Haltung gegenüber der Tschechoslowakei ausgingen und das Selbstbestimmungsrecht auch für deren deutschsprachige Staatsbürger einforderte. Die Vertreter beider Parteien haben in Abgeordnetenhaus sowie Senat wiederholt Kritik an der Regierungspolitik gegenüber den Deutschen geübt. Im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung nach der Machtergreifung durch Adolf Hitler gerieten DNSAP und DNP in eine Situation, in denen ihnen amtliches Parteiverbot drohte.⁶⁰ Während sich die DNSAP im Herbst 1933 selbst auflöste, hat die DNP dies nicht getan und ist nach verhängtem Verbot *de facto* auseinander gefallen.

Anfang Oktober 1933 entstand die Sudetendeutsche Heimatfront, die sich als Volksbewegung ohne irgendwelche Gemeinsamkeiten mit den diskreditierten politischen Parteien profilierte. Der Führer der SHF Konrad Henlein vermied alle Andeutungen eines intoleranten Nationalismus und hoffte so, mit diesem gemäßigten Programm seine SHF vor dem unausgesetzt drohenden Verbot zu bewahren. So wollte er dem Schicksal von DNSAP und DNP entgegen. Die Führung der SHF musste gleichzeitig jegliche unveröhnliche Rhetorik gegen die bisherigen aktivistischen Parteien einstellen.

55) Vgl. Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil II, Der Bund der Landwirte auf dem Wege zu einer realistischen Politik, Deutsche Gesandtschaft An das Auswärtige Amt, Prag den 17. Juli 1923, Nr. 65, S. 166, über die Geneigtheit des BdL zu einer realistischen Politik vgl. S. 167.

56) BURIAN, *Chancen und Grenzen*, S. 142. Diesel Schritt bedeutete aber keinen Versuch in Richtung eines tschechisch-deutschen Ausgleichs, sondern nur eine utilitaristische Zusammenarbeit; die deutschen Parteien haben ihren Regierungsbeitritt nicht an Konzessionen von Seiten der Regierung geknüpft.

57) Man kann der Behauptung zustimmen, der Weggang der DCV aus der Regierung sei ein kurzsichtiger Schritt gewesen, „*da sich so eine Partei ausgeschaltet hat, die an der Wiege der aktivistischen Linie in der deutschen Politik stand*“. J. ŠEBEK, *Mezi křížem a národem. Politické prostředí sudetoněmeckého katolicismu v meziválečném Československu*, Brno 2006, S. 135.

58) Deutsche Gesandtschaftsberichte, Teil III. Von der Regierung unter Švehla bis zum Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland 1926–1932, Berichte des Gesandten Dr. Walter Koch. Ausgewählt, eingeleitet und kommentiert von Manfred Alexander, Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Band 49/III, München 2009, Probleme der Regierungsbildung, Deutsche Gesandtschaft an das Auswärtige Amt, Prag den 26. November 1929, Nr. 77, S. 208–210 (S. 208).

59) BURIAN, *Chancen und Grenzen*, S. 148.

60) Im Oktober 1933 entschloss sich die tschechoslowakische Regierung zur Auflösung der DNSAP. Ein Großteil der DNSAP-Mitglieder wechselte umgehend in die neu entstandene SHF über. R. KVAČEK, *K historii Henleinovy Sudetoněmecké strany*. Dějepis ve škole, IV., Nr. 5, 1957, S. 198.

Die gesamte erste Hälfte des Jahres 1935 war vom Wahlkampf für die anstehenden Parlamentwahlen ausgefüllt, die im Mai stattfinden sollten. Auf Anraten der tschechischen Agrarier hat sich die Sudetendeutsche Heimatfront in Sudetendeutsche Partei umbenannt.⁶¹ Die neue Partei bereitete sich umsichtig auf die Wahl vor; Gelder flossen ihr aus sudetendeutschen Unternehmerkreisen sowie aus dem Deutschen Reich zu.⁶²

Die Sudetendeutsche Partei war ab 1935 die stärkste politische Partei in der Tschechoslowakei.⁶³ Ihre Popularität war die Reaktion auf die zunehmende Unzufriedenheit über die Tätigkeit der politischen Parteien, die in den Augen der Sudetendeutschen nicht hinlänglich ihre Interessen vertraten. Die übrigen deutschen Parteien hatten nach den Wahlen 1935 begriffen, dass die bisherige Politik des Aktivismus keinen Erfolg gebracht hatte. Die sog. neoaktivistischen Führer (der Sozialdemokrat Wenzel Jaksch, der Agrarier Hans Schütz oder der Christlich Soziale Gustav Hacker) bemühten sich um eine aktivere Durchsetzung der Interessen der deutschen Minderheit und eine Gleichstellung der Deutschen in allen sozialen Lebensereichen. Dabei mussten sie einen Kampf an drei Fronten austragen – Agitation gegen die immer aggressivere Politik der SdP, das Ringen um Unterstützung von Seiten der tschechoslowakischen Regierung und der Kampf gegen die eigene Parteiführung. Die tschechoslowakische Regierung reagierte recht zögerlich. Die labile Situation der Regierungskoalition und die nebelhaften Versprechungen von Anfang des Jahres 1937 (Empfang der neoaktivistischen Vertreter beim Premierminister Milan Hodža) haben schließlich nicht zur Bewältigung der komplizierten Situation beigetragen.⁶⁴

Die letzte Entwicklungsphase der SdP setzte im Frühjahr 1938 ein. Nach dem Anschluss Österreichs und dem Besuch von Konrad Henlein und Karl Hermann Frank bei Hitler erhielten die Führer der SdP die Anweisung,

der tschechoslowakischen Regierung unerfüllbare Forderungen vorzulegen.⁶⁵ Die Entwicklung des folgenden Halbjahrs gipfelte in der Konferenz von München, in der die Tschechoslowakei zum Abtreten der Grenzgebiete gezwungen wurde.

Die oben angeführten politischen Parteien waren nicht die einzigen politischen Subjekte der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei. Es gab daneben noch weitere politische Parteien, deren Bedeutung jedoch nie die der genannten Parteien erlangte, doch haben sie hin und wieder gemeinsame Kandidatenlisten mit größeren Parteien aufgestellt. Das waren beispielsweise die Deutsche Gewerbspartei, die Deutsche Arbeits- und Wahlgemeinschaft oder die Deutsche Demokratische Freiheitspartei. Die deutsche Minderheit hatte auch in der Slowakei ihre Parteien – z.B. die Zipser Deutsche Partei, die Karpatendeutsche Partei, die vor den Wahlen 1935 ein Wahlbündnis mit der SdP einging oder die Deutsche Volkspartei für die Slowakei und Karpatenrußland.

Die politischen Parteien der ungarischen Minderheit⁶⁶

Das politische Leben der ungarischen Minderheit in der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei hat sich in zwei politisch-ideellen Strömungen konstituiert. Das waren der christliche Sozialismus und die Kleinbauernbewegung, also oben erwähnte OKSzP und MKP.

Die OKSzP ist formal am 23. November 1919 entstanden. Ihre wichtigsten Vertreter waren Jenő Lelley, Géza Szüllő und Graf János Esterházy. Die innerparteiliche deutsche und slowakische Sektion verliehen der Partei ein supranationales Gepräge. Organisatorisch war die 1920 in Kežmarok gegründete Zipser Deutsche Partei (ZDP) bis 1925 ein Bestandteil der OKSzP. Die Partei vertrat insbesondere die sozialen und politisch-ökonomischen In-

61) Die damals gültigen Gesetze ließen nur die Kandidatur von politischen Parteien zu. SHF war eine Bewegung, hätte also nicht an den Wahlen teilnehmen können. Die Bezeichnung Partei wirkte überdies demokratischer als das Wort Bewegung.

62) Jaroslav Kučera führt an, die SdP habe für die Wahlmöglichkeit insgesamt 331 711 Reichsmark erhalten. J. KUČERA, *Mezi Wilhelmstraße a Thunovskou. Finanční podpora Německé říše Sudetoněmecké straně v letech 1935-1938*, Český časopis historický 95, 1997, Nr. 2, S. 392.

63) Die laut Wahlergebnis zweitstärksten tschechoslowakischen Agrarier haben aber dank Wahlarithmetik im Abgeordnetenhaus ein Mandat mehr erhalten. Vgl. A. KLÍMEK, *Velké dějiny země Koruny české, svazek XIV., 1929-1938*, Praha, Litomyšl 2002, S. 313.

64) BERAN, *Odepřená integrace*, S. 298–304.

65) Der Höhepunkt waren die Forderungen des Karlsbader Programms vom April 1938, die eine volle Gleichberechtigung von Deutschen und Tschechen verlangten, die Anerkennung der deutschen Volksgruppe als juristische Person, die vollständige nationale Selbstverwaltung des deutschen Gebiets, die völlige Freiheit der „deutschen Weltanschauung“ usw. Diese Punkte waren eindeutig gegen die Integrität der Tschechoslowakei gerichtet.

66) Im Kapitel wird in aller Kürze nur die Geschichte der beiden größten politischen Parteien der ungarischen Minderheit umrissen. Die kleineren, d.h. außerparlamentarischen Minderheitsparteien werden hier nicht berücksichtigt.

teressen der katholischen Bevölkerung und der katholischen Kirche in der Slowakei. In der Sozialsphäre war ihr vornehmliches Ziel, die soziale Stabilität der Gesellschaft auf der Grundlage der christlichen Solidarität zu sichern, die eine Gewähr für die Ausschaltung unerwünschter sozialer Erschütterungen in der geschwächten Nachkriegsgesellschaft bieten sollte. Im wirtschaftspolitischen Bereich trat die OKSzP im Rahmen der vorgenommenen Bodenreform gegen eine Parzellierung der landwirtschaftlichen Fläche und gegen das Vordringen tschechischen Kapitals in die Slowakei und nach Karpatenrussland auf. Sie vertrat die Interessen der nationalen Minderheiten in der Slowakei, vor allem der Ungarn hinsichtlich ihrer Nationalkultur mit der Forderung nach sprachlicher und kultureller Gleichberechtigung auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und politischen Lebens bzw. durch die Forderung nach territorialer Autonomie der Slowakei, die sie ab Mitte der 20er Jahre verfolgte.⁶⁷

Die Gründungsversammlung der MKP, wie sich die Partei abgekürzt nannte, fand am 17. Februar 1920 statt. Ihre bedeutendsten Führer waren József Szent-Ivány, József Törköly und Andor Jaross. Von 1925 existierte die Partei unter der Bezeichnung Ungarische Nationalpartei. Während sich die OKSzP auf Wähler der römisch-katholischen Konfession konzentrierte, wandte sich die MKP vorwiegend an die protestantische Bevölkerung, wobei sie sich ausschließlich auf Angehörige der ungarischen Minderheit beschränkte. Die Interessen der ungarischen Minderheit vertrat sie auch mit ihren wirtschaftlichen Forderungen. Sie rief nach eigenen, d.h. ungarischen Wirtschaftskammern, Geldinstituten und Genossenschaften. Auch die MKP lehnte die Bodenreform ab, in der sie nur das Bestreben nach einer zweckdienlichen Umverteilung von Grundbesitz zugunsten der Mehrheitsbevölkerung sah. Infolge ihrer ausschließlichen Orientierung auf die ungarische Minderheit hat sie daher in den 20er Jahren auch das Programm

einer slowakischen Autonomie abgelehnt, das von den slowakischen Autonomisten verfochten und auch von den Christlich-Sozialen gestützt wurde. Die ungarischen Kleinbauern befürchteten, die „zentralisierte“ Autonomie der Slowakei würde ihr nicht hinreichend Raum für die Gewährleistung der nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte der ungarischen Minderheit gönnen. Aus diesem Grund hat sie 1922 im Parlament nicht für den Gesetzentwurf über die slowakische Autonomie aus der Feder der Hlinka-Autonomisten gestimmt, im Gegensatz zu den Christlich-Sozialen. Sie hat ihre Haltung erst gegen Ende der 20er Jahre revidiert, als sie die Autonomieforderung in einer Form, die den Vorstellungen der slowakischen Autonomisten nicht mehr zuwiderlief, gleichfalls in ihr Programm aufnahm. Ab 1925 wurde ihre Stimmenbasis um die Wählerschaft der ZDP verstärkt, die die Zusammenarbeit mit der OKSzP aufgekündigt und sich organisatorisch der MKP angeschlossen hatte.⁶⁸

Obwohl sich die beiden zentralen Parteien der ungarischen Minderheit zur Entstehung der Tschechoslowakei und ihren verfassungsrechtlichen Grundlagen ablehnend abgrenzten, meldeten sich bei ihnen schon bald aktivistische Tendenzen. An deutlichsten und konkretesten neigte die Ungarische Kleinbauernpartei bzw. die Ungarische Nationalpartei in der ersten Hälfte der 20er Jahre zum Aktivismus. Die Überlegungen der politischen Führer der ungarischen Minderheit zu einer aktivistischen Politik am Vorabend der zweiten Parlamentswahlen waren die logische Konsequenz aus ihrer Etablierung auf der politischen Szene des Landes und vor allem der Erkenntnisprozess, dass die Neuordnung Mitteleuropas, auch wenn sie ihr nicht zustimmten, bereits definitiv war. Einige stellten sich daher die Frage, ob es für die ungarische Minderheit (und nicht nur für diese) nicht nützlicher wäre, sich anstelle einer strikt ablehnenden Oppositionspolitik einer Realpolitik zuzuwenden.⁶⁹

Zur Realpolitik der nationalen Minderheiten und einer möglichen Regierungsbeteiligung ihrer politischen Repräsentanten rief der MNP-Vorsitzende Szent-Ivány im Wahljahr 1925 offen in der Presse auf. Sein Ziel war es, eine Zusammenarbeit mit solchen deutschen Minderheitsparteien in Böhmen aufzunehmen, deren Programm nicht unter dem Einfluss groß-

67) L. LIPTÁK: *Politické strany na Slovensku 1860–1989*, Bratislava 1992, S. 150–152, 153–154 u. 171; P. MAREK, *Politické strany maďarské menšiny*. J. MALÍŘ, P. MAREK a kol.: *Politické strany. Vývoj politických stran a hnutí v českých zemích a Československu 1861–2004*. I. díl. Období 1861–1938, Brno 2005, S. 926–927 u. 916; zu den Anfängen der Partei s. eingehender B. ANGYAL: *Érdekvédelem és önszerveződés. Fejezetek a csehszlovákiai magyar pártpolitika történetéből 1918–1938*, Galanta, Dunajská Streda 2002, S. 42–43, 58 u. 66–67; A (cseh)szlovákiai magyarok lexikona 1918-tól napjainkig (Internetprojekt), Fórum inštitút pre výskum menšín, Šamorín, Slovensko, <http://www.foruminst.sk/>, *Lexikon*, Passwort: Országos Keresztényszocialista Párt a Népakarat.

68) LIPTÁK, S. 158–159; 161–162; MAREK, S. 932–934; zu den Anfängen der Partei vgl. eingehender ANGYAL, S. 57 u. 65. A (cseh)szlovákiai magyarok lexikona..., <http://www.foruminst.sk/>, *Lexikon*, Passwort: Magyar Nemzeti Párt a Barázda.

69) ANGYAL, S. 120–121.

deutschen Gedankenguts stand.⁷⁰ Mit der aktivistischen Politik kokettierte auch der Vorsitzende der Christlich-Sozialisten Jenő Lelley. Anders als die MKP bzw. MNP fanden die aktivistischen Bemühungen in der OKSZP keine größere Unterstützung, haben aber doch Zwiespalt in der Partei gesät. Dieser endet schließlich in einem Sieg der nichtaktivistischen Fraktion, die ihren Kandidaten Géza Szüllő an die Spitze brachte und mit dem Parteiaustritt der aktivistischen Fraktion um den ehemaligen Parteivorsitzenden.⁷¹

Nach den zweiten Parlamentswahlen sind die beiden größten Parteien der ungarischen Minderheit noch weiter auseinander gedriftet. Die MNP trat den Weg zur Realpolitik an, die OKSZP verharrte in einer konsequenten Oppositionspolitik. Aufgrund des Wahlabkommens mit dem Bund der Landwirte traten die MNP-Abgeordneten dem Abgeordnetenklub der aktivistischen deutschen Agrarier und Gewerbetreibenden bei.⁷² Während sich die Christlich-Sozialisten mit ihrer konsequenten Oppositionspolitik auf dem Boden des Parlaments in eine totale Isolierung manövrierten, avancierten die Gesetzgeber aus der MNP nach etwa dreimonatiger Dauer der erfolglosen Regierung des Agrariers Antonín Švehla zu bedeutenden politischen Mitspielern auf der aktivistischen Minderheitenszene. Auch von der MNP konnte damals die Zusammensetzung einer neuen Regierungskoalition abhängen, d.h. ob es gelang, eine sog. Allnationale Koalition zu bilden bzw. ob die Sozialdemokratie an der Regierung beteiligt würde oder nicht.⁷³ Für die MNP war es nur noch einen Schritt bis zur Regierungsbeteiligung, doch ist sie anders als ihr Koalitionspartner im Parlament, die deutschen Agrarier, nicht der sog. Herrenkoalition unter Antonín Švehla beigetreten. Durch den unerwarteten Regierungsbeitritt der deutschen Agrarier am 12. Oktober

1926 kühlten sich auch die Beziehungen zwischen BdL und MNP ab; die unterschiedlichen politischen Interessen der Sudetendeutschen und Slowakei-Ungarn führten am Ende zum Auseinanderbrechen des gemeinsamen Abgeordnetenklubs aus deutschen Agrariern und Gewerbetreibenden und MNP. Damit hatte auch das Kokettieren der MNP mit der aktivistischen Politik sein Ende gefunden.⁷⁴

Die aus ihrer fast zehnjährigen Tätigkeit auf der politischen Szene der Tschechoslowakei gewonnenen Erfahrungen der beiden ungarischen Minderheitsparteien OKSZP und MNP brachten beide Parteien langsam aber sicher zur politischen Kooperation. Zu einer ersten bedeutenderen Zusammenarbeit von OKSZP und MNP kam es anlässlich der vorzeitigen dritten Parlamentswahlen im Jahr 1929,⁷⁵ zu der die beiden ungarischen Parteien

70) Prágai Magyar Hírlap (ferner nur PMH), 1925, Jahrg. IV, Nr. 145 (888), 1. Juli, S. 3-4, bzw. S. 3, *Szent-Ivány József a nemzeti realpolitika új útjáról*.

71) ANGYAL, S. 112-113 a 116-118.

72) Vereinigter Parlamentarischer Klub des Bundes der Landwirte, der Deutschen Gewerkepartei und der Ungarischen Nationalpartei. Der gemeinsame Abgeordnetenklub umfasste ursprünglich 24 Mitglieder, der gemeinsame Senatsklub 12. Vgl. *Národní shromáždění Republiky československé v prvé desíletí (1918-1928)* (ferner nur NS RČS), Praha 1928, S. 1202-1203.

73) Die nach der zweiten Parlamentswahl am 9. Dezember 1925 angetretene breite, d.h. allnationale Koalition unter Premier Antonín Švehla hielt wegen des baldigen Austritts der Sozialdemokraten und Nationalen Sozialisten nicht einmal bis zum Frühjahr und wurde am 18. März 1926 von der Beamtenregierung unter Jan Černý abgelöst.

74) Vgl. Magyar Országos Levéltár (ferner nur MOL), K 64 (Politikai osztály rezervált iratai 1918-1944) - 17 (csomó) - 1926 - 7 (tétel) - 201/pol./1926, *A csehszlovákiai magyar nemzeti párt álláspontja egy többségi kormányzópartban való részvételét illetően*, streng geheimer Bericht des ungarischen Gesandten in Prag an den ungarischen Außenminister vom 4. Oktober 1926 (Bestandteil des umfangreicheren Dokuments 504/res./1926), fol. 31-36 / S. 1-5 plus Anlage (fol. 35-36); MOL, ebenda, 229/pol./1926, *Szentiványi tárgyalásai a csehszlovák kormányral*, Geheimbericht des ungarischen Gesandten in Prag Szilárd Masirevich vom 4. Dezember 1926, bzw. Sitzungsprotokoll des gemeinsamen Ausschusses MNP u. OKSZP 22. November 1926 (Bestandteil des umfangreicheren Dokuments 582/res./1926), fol. 2-11 (fol. 12-22, Abschrift), insbes. fol. 3 u. 5 / S. 1 u. 5; MOL, ebenda, 497/res./1926, bzw. 205/pol. 1927, *A német polgári pártok belépése a kormányba*, streng geheimer Bericht des ungarischen Gesandten in Prag an den ungarischen Außenminister vom 14. Oktober 1926, fol. 1-4 / S. 1-5; MOL, ebenda, 498/res./1926, bzw. 206/pol./1926, *Szüllő képviselő információi a pöstyéni ülésről és az új kormányalakításról*, Geheimbericht des ungarischen Gesandten in Prag an den ungarischen Außenminister vom 14. Oktober 1926, fol. 1-3 (S. 1-3); MOL, ebenda, 21. cs., 7. t., 332/res./1926, bzw. 117/pol./1927, *A magyar nemzeti párt kiválása a „Bunde der Landwirte“-vel alkotott blokkból*, Geheimbericht des ungarischen Gesandten in Prag an den Vertreter des ungarischen Außenministers, an den außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten, den Minister Graf Sándor Khuen Héderváry vom Juli 1927, fol. 214-215 (S. 1-3; fol. 216-217, Abschrift). NS RČS, S. 1231-1232. Die MNP-Abgeordneten gründeten am 2. Dezember 1927 einen selbständigen Abgeordnetenklub. (Vgl. NS RČS, S. 1232 u. 1236.)

75) Die Wahlen fanden infolge des Auseinanderbrechens der sog. Herrenkoalition, d.h. einer bürgerlichen Koalition infolge von Streitereien zwischen Agrariern und Volkspartei statt.

erstmalig mit einer gemeinsamen Kandidatenliste angetreten sind.⁷⁶ Ungeachtet dieser gemeinsamen Kandidatenliste haben sich aber beide Parteien gestäubt, nach den Wahlen in der Nationalversammlung gemeinsame Abgeordnetenklubs zu bilden. Erst nachträglich auf einen Eingriff aus Budapest sind die beiden Parteivorsitzenden auf einer Zusammenkunft mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Graf Bethlen im Februar 1930 auf die Bildung gemeinsamer Abgeordnetenklubs eingegangen.⁷⁷

Anfang der 30er Jahre haben beide ungarischen Parteien bereits eine übereinstimmende autonomistische Politik verfolgt, die eine günstige Ausgangsbasis für Verhandlungen mit den slowakischen Autonomisten bot. Ein eminentes Interesse an einem Zusammengehen von ungarischen Minderheitsparteien und HSLS hatte auch Budapest, das die politische Repräsentation der ungarischen Minderheitsparteien dazu aufrief und geradezu beauftragte.⁷⁸

Die neue Gewähr für ein endgültiges Zusammengehen der ungarischen Parteien mit der autonomistischen HSLS sollte der OPSzP-Vorsitzende Esterházy sein, ein vehementer Verteidiger der katholischen Kirche. Die Wahl Esterházy zum neuen OPSzP-Vorsitzenden und des Priesters Franciscy zum Ehrenpräsidenten im Dezember 1932 brachte den ersehnten Parteifrieden mit dem klerikalen Flügel, der nicht nur hinsichtlich der parteilichen Einigkeit wünschenswert war. Der klerikale OKSszP-Flügel konnte nämlich eine beträchtliche Hilfestellung bei der Gewinnung der slowakischen katholischen Geistlichkeit, die in der HSLS einen nicht geringen Einfluss hatte, für einen geschlossenen slowakisch-ungarischen autonomistischen Block

leisten.⁷⁹ In ein gemeinsames Vorgehen der slowakischen und ungarischen katholischen Geistlichkeit wurden große Hoffnungen gesetzt in der Erwartung, dass „dieses Vorgehen von seinem Resultat gekrönt wird und der slowakische Klerus die HSLS zu einer Zusammenarbeit mit den ungarischen Parteien bringt“.⁸⁰ Die Wirklichkeit war hingegen anders. Auch diesmal haben die slowakischen Autonomisten sich vor den Wahlen nicht zu einer Zusammenarbeit mit den ungarischen Parteien verpflichtet; ein gemeinsamer politischer Block von Ungarn und slowakischen Autonomisten ist nicht einmal in den späteren Jahren zustande gekommen.

Neben den Verhandlungen zwischen den ungarischen Minderheitsparteien und den slowakischen Autonomisten⁸¹ verliefen auch Sondierungsgespräche zwischen Politikern der ungarischen Minderheit mit politischen Vertretern der sudetendeutschen Minderheit. Der zunehmenden Bedeutung der nationalen Problematik für eine Modifikation der innenpolitischen Verhältnisse in der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei ist es nicht einmal in der zweiten Hälfte der 30er Jahre zwischen den beiden größten nationalen Minderheiten im Land zu einer engeren, blockbildenden bzw. institutionalisierten politischen Zusammenarbeit gekommen. Eine ernsthafte Barriere für mögliche engere Beziehungen zwischen den Sudetendeutschen und tschechoslowakischen Ungarn war beispielsweise die andere Sicht der ungarischen Führer auf die Weise des Kampfes für die Minderheitenrechte. Ein weiteres politisches Hindernis für eine engere Zusammenarbeit von Sudetendeutschen und ČSR-Magyaren bestand in der aggressiven Propaganda der SdP in der Slowakei in den Reihen der Zipser Deutschen, was die Führungsspitzen der Zipser Deutschen Partei mit Missfallen sahen. Vor allem die Expansionslust der SdP in der Slowakei wurde zum Thema gemeinsamer Treffen beider politischer Parteien und war es auch auf den Treffen von Szüllő, Jaross und Esterházy mit dem SdP-Führer Henlein und dessen Stellvertreter K. H. Frank am 11. Mai 1937, auf dem sich die Vertreter der EMP kategorisch gegen die Expansionspolitik der SdP in der Slowakei verwarnten. Der deklarierte Ruf der SdP-Führer nach einer Institutionalisierung der Zusammenarbeit beider Parteien blieb auch ferner nur ein Wunsch der Sudetendeutschen und das einzige Ergebnis der Besprechungen war die

76) PMH, 1929, Jahrg. VIII, Nr. 218 (2143), 25. September, S. 1-2, *A magyarság pártjainak ki-küldöttei megegyeztek a választási együttműködés kérdéseiben*; ebenda, Nr. 225 (2150), 4. Oktober, S. 1-2, *A magyar kisebbségi harc történelmi napja Ótátrafüreden. A magyarság pártjai ratifikálták a választási egységet és készek egy hatalmas német-magyar-szlovák-ruszin választási blokk megalakítására*.

77) PMH, 1930, Jahrg. IX, Nr. 64 (2285), 18. Mrz, Titelseite, *Közös parlamenti klubot alakított az országos keresztényszocialista párt, a magyar nemzeti párt és a szepesi német párt*.

78) Vgl. z.B. Slovenský Národný archív (ferner nur SNA), Fond Policajné riaditeľstvo Bratislava (ferner nur PR), Karton Nr. 240, Dok. Nr. 993/33 präs. (*Krajinská kresťansko-sociálna strana, informácie*), streng vertraulicher Bericht des Polizeidirektors Bratislava an das Landesamtpräsidium ebenda vom 23. Januar 1933 (gleichfalls an das Innenministerium in Prag gesandt), Fol. 617-620, bzw. 619.

79) Darauf hat auch der Bericht des Polizeidirektors in Bratislava das dortige Landesamtpräsidium hingewiesen. S. SNA, a.a.O., Fol. 617-620, bzw. 617.

80) Ebenda, Fol. 618.

81) Verhandlungen wurden auch mit den Autonomisten in Karpatenrussland geführt.

Absprache über eine künftige lockere Zusammenarbeit beider Parteien auf Parlamentsebene und über die Unterstützung der von SdP eingebrachten Gesetzvorlagen zur Regelung der Minderheitenverhältnisse im Land.⁸² Die Kontakte von Politikern beider Minderheiten blieben so auch ferner auf der Informationsebene.

Am 21. Juni 1936 haben sich die beiden größten ungarischen Minderheitsparteien zu einem politischen Subjekt zusammengeschlossen. Die gemeinsame Bezeichnung hat die Namen beider ursprünglicher Parteien beibehalten – Vereinigte Christlich-sozialistische und Ungarische Nationale Landespartei (*Egyesült Országos Keresztényszocialista és Magyar Nemzeti Párt*). Die Partei trat aber gängig unter der Kurzbezeichnung Vereinigte Ungarische Partei (*Egységes Magyar Párt, EMP*) auf. Parteivorsitzender wurde Andor Jaross, Geschäftsführender Parteivorsitzender János Esterházy.⁸³

Im überhitzten politischen Dampfkessel der zweiten Hälfte der 30er Jahre machte die ungarische Minderheit im Vergleich zur Sudetendeutschen Partei immer nur im zweiten Glied und in wesentlich geringerem Maße Druck. Zu ihrem ersten radikalen Schritt rafften sich die ungarischen Abgeordneten auf Landes- und Staatsebene eigentlich erst Mitte September 1938 auf, als sie am 17. September das Recht der ungarischen Minderheit auf nationale Selbstbestimmung ausriefen und ein Plebiszit zur Frage über die Zukunft der ungarischen Gebiete forderten.⁸⁴

Ab September 1938 standen die politischen Vertreter der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei infolge der neuen innen- und außenpolitischen Umstände bereits offen auf der Grundlage des Revisionismus, der die autonomistisch politische Linie abgelöst hatte. Am 7. Oktober 1937 wurde der Ungarische Nationalrat konstituiert, dessen Vertreter einschließlich der politischen Führer der EMP Esterházy, Jaross und Szüllő ihre Beteiligung an den erfolglosen tschechoslowakisch-ungarischen Verhandlungen über eine Revision der gemeinsamen Staatsgrenze verlangten, die vom 9. bis 13. Oktober 1938 verliefen. Nichtsdestoweniger ist es dank ei-

82) Vgl. MOL, K 64 - 70 - 1937 - 7 - 299/res.pol./1937, Dokument ohne nähere Kennzeichnung (Das Dokument wurde dem Außenministerium vom Ministerpräsidenten zugestellt, und zwar am 12. Mai), fol. 1-3 / S. 1-3.

83) PMH, 1936, Jahrg. XV, Nr. 142 (3991), 23. Juni, S. 1-4, *Érsekújvár nagy történelmi napja. Tízresz tömeg újongása mellett megalakult az Egyesült Párt.*

84) PMH, 1938, Jahrg. XVII, Nr. 214 (4657), 18. September, Titelseite, *Az önrendelkezési jog alapján békés megoldást kíván a magyarság.*

ner gänzlich anderen politischen Linie der EMP gelungen, in den südlichen Teilen der Slowakei Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten und so musste die tschechoslowakische Regierung anders als im sudetendeutschen Grenzgebiet nicht einmal im politisch höchst angespannten Herbst 1938 in den betreffenden Teilen der Slowakei den Ausnahmezustand verhängen.

Über die gesamte Existenzzeit der Tschechoslowakei hinweg haben die wichtigsten Parteien der ungarischen Minderheit in Opposition gestanden. Ungeachtet eines gewissen Kokettierens mit dem Aktivismus, insbesondere in der zweiten Hälfte der 20er Jahre wurde während den zwei Jahrzehnten der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei keine gemeinsame Sprache zwischen der politischen Repräsentation der ungarischen Minderheit und der Regierung gefunden. Auf der politischen Szene der Ersten Republik sind die ungarischen Minderheitspolitiker für eine konsequente Verteidigung der soziokulturellen und wirtschaftlichen Belange der ungarischen Minderheit eingetreten. Ihr politischer Kampf für die Interessen der ungarischen Minderheit verlief aber stets innerhalb des gesetzlich vorgegeben Rahmens; nie haben sie zu irgendwelchen unpolitischen aggressiven, provokativen und destruktiven Praktiken gegriffen, wie es die Sudetendeutschen unter Führung der radikalisierten SdP unter Konrad Henlein getan haben. Eine entsprechende Zukunft der ungarischen (aber nicht nur dieser) Minderheit sahen sie bis 1938 in einer konsequenten autonomen Neuordnung der Tschechoslowakei, keineswegs in einer Revision ihrer Grenze.

Schluss

Der Zerfall des Vielvölkerstaats Österreich-Ungarn unterlag historischer Gesetzmäßigkeit und hat durchaus nicht nur positive Resultate mit sich gebracht. Man kann sagen, dass die neuen gesellschaftspolitischen Verhältnisse im mitteleuropäischen Raum nach dem Ersten Weltkrieg mit Siebenmeilenstiefeln einem möglichen Höchstmaß der gesellschaftspolitischen Adaptabilität der damaligen an der Startlinie der modernen mitteleuropäischen Geschichte stehenden Gesellschaft vorausgeeilt sind. Sowohl die Innen- aus auch Außenpolitik formende politische Geisteshaltung als auch die stark national orientierte Verhaltensweise der Völker und Volksgruppen in der Region waren von den historisch-politischen Erfahrungen aus den Zeiten der Koexistenz im vorigen gemeinsamen mitteleuropäischen Staatsgebilde geprägt. Raum und Zeit hatten sich verändert: früher führende Völker wurden zu Besiegten, die ursprünglich schwachen Nationen Sie-

ger, aus der Mehrheit wurde eine Minderheit und aus der Minderheit eine Mehrheit. Die Grundrahmen der gesellschaftspolitischen Denkweise sind aber die gleichen geblieben. Dieser Umstand hat sich auch auf die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Ersten Tschechoslowakischen Republik niedergeschlagen, die in *statu nascendi* bereits die Keime der kommenden kaum zu überbrückenden Kontroversen auf der innenpolitischen Szene in sich trug, die dann langsam aber unaufhaltsam auch infolge der sich erheblich ändernden außenpolitischen Umstände zu einer ersten Krise des tschechoslowakischen Staats heranwuchsen. Eine der Hauptursachen für die innenpolitische Krise der Ersten Tschechoslowakischen Republik war vor allem die künstlich geschaffene national-zentralistische Staats- und Verwaltungskonzeption, die auf allen Ebenen des soziokulturellen Lebens in erster Linie die nationalen Minderheiten benachteiligte. Dieser Konzeption haben sich nach und nach nicht nur die wichtigen nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakischen Republik entgegengestellt, sondern auch die andere Hälfte des politisch deklarierten staatsrechtlichen tschechoslowakischen Volks, die Slowaken. Wiewohl der Staat schließlich doch Anstrengungen gezeigt hat, die Minderheitenpolitik wahrzunehmen, hat er gerade die slowakischen Forderungen langfristig unterschätzt. Parallel dazu muss natürlich hervorgehoben werden, dass die Erste Republik im mitteleuropäischen Raum unbestritten mit Abstand der demokratischste Staat war, der seinen Einwohnern breiteste politische und bürgerliche Freiheiten gewährte. Gleichzeitig muss auch im Zusammenhang mit den oben genannten Umständen betont werden, dass beim Studium von Haltungen der deutschen und ungarischen Minderheitsparteien in der Zwischenkriegs-Tschechoslowakei immer und in erster Linie darauf zu achten ist, sämtliche politikgeschichtlichen Aspekte der Ersten Tschechoslowakischen Republik unbedingt und konsequent im Zeitzusammenhang zu betrachten.

The Question of Ottoman Weakness at the Beginning of the 20th century

ROMAN KODET

In the 19th and 20th century the Ottoman Empire is often described as a “sick man of Europe”, which was doomed to break up. The goal of this article is to analyze if this statement was justified. With regard to the limited scope this contribution will concentrate on three main areas which determine the strength of a state – policy, economy and military.

Policy

The investigated period era should be divided into two stages – before and after the Young Turk Revolution, which dramatically changed the character of the Ottoman state after a long rule of sultan Abdülhamid II.

The rule of this so-called “Bloody Sultan” represents an era of a certain tranquility (under Ottoman circumstances at least). “*Following the effective dissolution of the parliamentary order, the sultan began to fashion new methods of administration that resulted in the longest-lasting regime in late Ottoman history.*”¹ The sultan concentrated all power in his hands and the government became only a tool of his own policy. In this way the regime, which ruled in Istanbul, was strongly influenced by the personality of the sovereign.

He is often described as a cruel tyrant and had a reputation of a classical example of an oriental despot in the English speaking countries. However, this picture doesn’t correspond with the complexity of his personality. It is undoubtedly true that the padishah was strongly influenced by

1) Şükrü M. HANIOĞLU, *A Brief History of the Late Ottoman Empire*, Princeton 2008, p. 123.